

Europa gegen Antiziganismus

Verfolgt, diskriminiert und bedroht: Kaum eine gesellschaftliche Gruppe lebt in Europa unter schlechteren Bedingungen als Roma und Sinti. In vielen Regionen werden ihnen grundlegende Dinge wie Wohnen, Arbeit, Gesundheit und Bildung verwehrt. Ihre schlimmste Zeit erlebten diese Bevölkerungsgruppen unter der nationalsozialistischen Herrschaft, aber auch heute noch sind sie in vielen Staaten der EU mit einem Antiziganismus konfrontiert, der kaum Skrupel kennt. Haben wir also nichts aus der Geschichte gelernt? Und wie sollten wir auf die Bedrohungen und die Verfolgung reagieren?

Diese Fragen stellt man sich in den Institutionen der EU, schließlich steht die Ausgrenzung von Roma und Sinti in grundlegendem Widerspruch zu den Werten des Staatenbündnisses. 2011 hat die EU deshalb einen Rahmen für nationale Strategien zur Integration von Roma geschaffen. Dieser oft schlicht „Roma-Strategie“ genannte Rahmen soll die Bekämpfung der Diskriminierung mit sozialer und wirtschaftlicher Integration verbinden. Das Projekt ist auf einen Zeitraum bis ins Jahr 2020 ausgelegt. Die einzelnen Mitgliedstaaten haben daraufhin nationale, auf die Größe und Situation ihrer Roma-Bevölkerung zugeschnittene eigene Strategien entwickelt.

Was aber ambitioniert klingt, wird nicht in allen EU-Ländern auch so umgesetzt. In allen Staaten existieren weiterhin antiziganistische Ressentiments, in einigen Ländern schlagen sie sich auch im Handeln der Regierungen nieder. Gerade deshalb ist die Zivilgesellschaft gefragt.

Die EU-Kommission stellt hier entsprechende Mittel zur Verfügung. So fördert sie zum Beispiel das Netz der nationalen Roma-Kontaktstellen. Jeder Mitgliedstaat ist verpflichtet, eine solche Stelle einzurichten, die mit einem adäquaten Mandat und genügend Mitteln ausgestattet ist. Vor Ort sollen beispielsweise die Möglichkeiten für Roma-Kinder gefördert werden, eine frühkindliche und spätere Schulbildung zu erhalten. Auch die Verbesserung der Gesundheitsversorgung, Integrationsmaßnahmen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Armutsbekämpfung stehen auf dem Programm. Um die notwendigen Maßnahmen zu diskutieren und zu erarbeiten, finden bilaterale Zusammenkünfte zwischen der Kommission, den Mitgliedsstaaten sowie Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft statt.

Doch trotz dieser und anderer Fördermaßnahmen, die von der EU in den letzten zehn Jahren entwickelt wurden, haben sich die Lebensumstände von Roma und Sinti in Europa nicht grundlegend geändert. Weiterhin haben diese Bevölkerungsgruppen wesentlich geringere Bildungschancen und mehr Probleme beim Zugang zu Arbeitsplätzen, Wohnungen, Bildung und zur Gesundheitsversorgung. Mit 54 Prozent fühlt sich die Mehrheit der marginalisierten Roma bei der Arbeitssuche diskriminiert, rassistische Hassreden gehören zum Alltag.

Zu diesem Ergebnis kommt der „Bericht über die Umsetzung des EU-Rahmens für nationale Strategien zur Integration der Roma“ der Europäischen Kommission vom Juni 2015. Vor allem in Mitgliedstaaten, in denen die größten Roma-Gemeinschaften leben und die zugleich stark von der Wirtschaftskrise betroffen sind, ist eine Zunahme von Roma-Feindlichkeit, Hassreden und Hassverbrechen zu beobachten. Sowohl die politischen Entscheidungsträger als auch die lokalen Behörden haben es häufig versäumt, solche bedenklichen Tendenzen öffentlich zu verurteilen und Konsequenzen zu ziehen. Dabei hat der EU-Rat in einem Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ihre Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, rassistisch oder fremdenfeindlich motivierte Hassreden und Hassverbrechen unter Strafe zu stellen.

Besorgniserregend ist auch, dass die hitzige Debatten über Freizügigkeit und soziale Rechte in manchen EU-Mitgliedstaaten zur Verfestigung negativer Klischees über Roma und Sinti beigetragen haben. Die Zahlen: Umfragen des Pew Research Center vom Mai 2014 zufolge hat mehr als die Hälfte der Bevölkerung negative Einstellungen gegenüber Roma. In Italien sind es 85 Prozent, in Frankreich 66 Prozent, in Griechenland 53 Prozent, in Großbritannien 50 Prozent.

Diskriminierung von Roma und Sinti beginnt gerade im Bildungssektor bereits in einem sehr jungen Alter durch die Segregation der Kinder in der Schule. Insbesondere in osteuropäischen Staaten wie Rumänien, Bulgarien und Ungarn werden marginalisierte Roma-Kinder in gesonderten Schulen oder Klassen unterrichtet. In der Tschechischen Republik und der Slowakei besuchen über 20 Prozent von ihnen bis zum Alter von 15 Jahren Sonderschulen oder Sonderklassen für Kinder mit geistigen Behinderungen. Das Gegenteil ist notwendig: Will man gegen die Chancenungleichheit der Roma vorgehen, gilt es, einen gleichen Zugang zu einem hochwertigen, inklusiven Bildungssystem zu schaffen. Hier gibt es zahlreiche Hindernisse zu überwinden: So etwa das mangelnde Bewusstsein der Eltern für die Bedeutung von Bildung und die mangelnde Schulung der Lehrkräfte für den Umgang mit Vielfalt im Klassenzimmer.

Gerade um diese Herausforderungen zu meistern, muss früh gegen jene Staaten vorgegangen werden, die die sich den anstehenden Aufgaben offensiv verweigern und so auch gegen die Antidiskriminierungs-Richtlinien der EU verstoßen. Die EU-Kommission hat hier ein klares Signal gesetzt: Im September 2014 hat sie das erste Vertragsverletzungsverfahren wegen Diskriminierung von Roma-Kindern im Bildungswesen gegen die Tschechische Republik eingeleitet. Ein zweites Verfahren wurde im April 2015 gegen die Slowakei eröffnet. Die Vertreterin der Generaldirektion

Justiz weist daraufhin, dass derzeit geprüft werde, ob aus demselben Grund gegen weitere EU-Staaten wie Ungarn eine Vertragsverletzung vorliegt.

Allerdings gibt es auch einige positive Entwicklungen: In der Zivilgesellschaft sowie im öffentlichen Sektor haben sich stabile Strukturen etabliert, die Fördermaßnahmen ermöglichen und helfen, die Mehrheitsgesellschaft zu sensibilisieren. Deutlich mehr Organisationen der Roma-Zivilgesellschaft kümmern sich heute um die nationalen Strategien und Aktionspläne. Sie beteiligen sich stärker an der Umsetzung und Überwachung der staatlichen Projekte. Trotzdem stehen dieser Beteiligung weiterhin große Hindernisse entgegen. Einige lokale Roma-Organisationen haben kaum Erfahrung bei der Umsetzung und Administration von mit EU Geldern geförderten Maßnahmen. Damit diese die Roma vertretenden Verbände tatsächlich adäquat wirken können, muss ihre Kapazität gestärkt und eine transparente Beteiligung an der Umsetzung und Überwachung auf lokaler Ebene gewährleistet werden.

Immer wieder steht die Effizienz der EU-Förderprogramme für Roma in Frage. Manche Maßnahmen haben offenbar das Misstrauen zwischen Roma und der Mehrheitsgesellschaft sogar noch verstärkt, anstatt es abzubauen. Ich setze mich natürlich dafür ein, dass die zur Verfügung stehenden Gelder sinnvoll und effektiv eingesetzt werden. Damit die Mittel jedoch dort ankommen, wo sie am nötigsten gebraucht werden, müssen lokale Akteure wesentlich besser in die Planung und Implementierung einbezogen werden.

Tatsächlich fehlt es auf der administrativen EU-Ebene nicht an gutem Willen und oft auch nicht an Mitteln, um die Situation von Roma und Sinti zu verbessern. Vor Ort jedoch sieht es anders aus. Häufig werden die Fördermaßnahmen unzureichend umgesetzt, manche Regierungen rufen die möglichen Gelder nicht einmal ab. Das zeigt das erschreckende Desinteresse oder gar die Abneigung dieser EU-Mitgliedsstaaten, die Diskriminierung zu beenden. So wird der tief verwurzelte Antiziganismus in der europäischen Mehrheitsgesellschaft nicht überwunden. Hier muss die Zivilgesellschaft Druck machen.

Autorin

Barbara Lochbihler, MdEP ist außen- und menschenrechtspolitische Sprecherin der Grünen/EFA-Fraktion im Europäischen Parlament und Vizepräsidentin des EP-Menschenrechtsausschusses.

Weitere Informationen: www.barbara-lochbihler.de/barbara-lochbihler

Kontakt: barbara.lochbihler@ep.europa.eu



Redaktion:

BBE Europa-Nachrichten – Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundenetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 4

europa-bbe(at)b-b-e.de

www.b-b-e.de